

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 77 (2006)
Heft: 7-8

Artikel: Fachtagung zur Zukunft der Sonderschulen : Integration kann manches heissen
Autor: Steiner, Barbara
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-803941>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Fachtagung zur Zukunft der Sonderschulen

Integration kann manches heissen

■ Barbara Steiner

Sonderschulen wird es auch mit integrativen Schulmodellen weiterhin brauchen – aber ihre Aufgaben werden sich verändern. So lautete der Tenor an der Fachkonferenz 2006 des Fachbereichs Kinder und Jugendliche von Curaviva Schweiz zum Thema «Volksschule für alle? Schafft die Sonderschulen ab!» in Olten.

Seit drei Jahren besucht Nicolas die Primarschule in Finstersee in der Gemeinde Menzingen im Kanton Zug. Nachdem er schon die Kindergartenzeit mit Bravour gemeistert hat, läuft es nun gemäss Schilderungen von Lehrerin Catherine Scherer auch in der Schule sehr gut. Eine Selbstverständlichkeit ist dies nicht: Matthias hat ein fragiles X-Syndrom, welches eine kognitive Behinderung verursacht. Die Viertklässlerin Loretta wiederum ist mehrfach schwer behindert. Wäre sie nicht in die Volksschule von Poschiavo aufgenommen worden, müssten ihre Eltern sie laut dem Bündner Regierungsrat Claudio Lardi in ein Wohnheim im zwei Pässe entfernten Scharans geben. Um ihr den Verbleib im vertrauten Umfeld zu ermöglichen, liess die Gemeinde im Schulhaus sogar einen Treppenlift einbauen. Entstanden sei eine Win-win-Situation: Die gesunden Kinder lernten, mit Loretas Behinderung umzugehen, und sie könne in der Gemeinde aufwachsen, was sich wiederum positiv auf die Dorfgemeinschaft auswirke, so Lardi.

Nicolas und Loretta fanden Erwähnung an der Fachtagung 2006 des Fachbereichs Kinder und Jugendliche von Curaviva Schweiz vom 19. Juni in Olten. Im Zentrum des von rund 90 Personen besuchten Anlasses stand die Frage, wie Volksschule, Sonderpädagogik und Politik mit der Herausforderung Integration umzugehen beabsichtigen und welche Prozesse sie bereits eingeleitet haben. Unter dem NFA sei die Integrationsdebatte neu lanciert worden, und er erhoffe sich von der Tagung eine möglichst differenzierte Beleuchtung der Frage von verschiedenen Seiten her, hielt Fachbereichspräsident Peter Wüthrich einleitend fest. Wie Ursula Scherrer, Geschäftsleiterin des Heilpädagogischen Zentrums Hagendorn, Primarlehrerin, Heilpädagogin und Mitglied der Fachkonferenz Kinder und Jugendliche von Curaviva Schweiz, erläuterte, ist das Beispiel von Nicolas im Kanton Zug keine Ausnahme. Kinder mit geistiger Behinderung – nicht aber verhaltensauffällige und sinnesbehinderte Kinder – würden dort bereits vielerorts in Regelklassen geschult. Das Heilpädagogische Zentrum Hagendorn (www.hzhagendorn.ch) hat ein Konzept erarbeitet, welches Rektoren, der Heilpädagogischen Früherziehung und anderen Fachstellen als Orientierungshilfe dient. Zur erfolgreichen Zusammenarbeit der Systeme Volksschule und Sonderschule habe beigetragen, dass einer Integration eine umfassende Vorbereitung vorgehe, erklärte Scherrer. Für jedes

integrierte Kind stehe eine Heilpädagogin zur Verfügung, in der Regel beträgt ihr Pensum 20 Prozent. Für Nicolas ist Maya Lindenmann zuständig. Sie zählte in Olten ein paar Punkte auf, die zu einer erfolgreichen Integration beitragen: Die Lehrperson muss offen und flexibel sein, das Kind als Person akzeptieren und den Unterricht individualisiert gestalten.

Ein Platz für jedes Kind

Erst in Planung ist die «Schule für alle» im Kanton Graubünden: «Nirgendwo sonst können ein respektvoller Umgang mit unterschiedlichen Mitmenschen und die Auseinandersetzung mit Vielfalt und Andersartigkeit besser und früher eingeübt werden als in Kindergarten und Schule», erklärte Erziehungsminister Lardi. Deshalb sehe das «Rahmenkonzept für eine umfassende Integration von Kindern und Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen» einen möglichst vollständigen Einbezug aller Kinder ins Regelschul- und Kindergartensystem vor (siehe auch FZ vom Mai 2006, Schwerpunkt «Integration»). «Es soll in Zukunft nicht mehr darum gehen, dass ein Kind auf eine ganz bestimmte Art beschaffen sein muss, um in die Regelklasse zu kommen. Vielmehr soll die Regelklasse neu so ausgestaltet sein, dass jedes Kind dort seinen unbestrittenen Platz hat.» Statt einzelne Schüler wie bisher individuell und separat zu fördern, soll neu die einzelne Schule sonderpädagogisch

unterstützt werden. Spezielle Fördermassnahmen sollen direkt in der Schule oder im Kindergarten selber stattfinden können. Um eine umfassende Integration zu gewährleisten, brauche es allerdings bestimmte Rahmenbedingungen, betonte Lardi. So soll jede Schule ein sonderpädagogisches Grundangebot mit Heilpädagogik, Therapien und so weiter unterhalten. Gewährleisten sollen es interne,

Entlastungs- und Kriseninterventionsangebote mit Internat. Lardi betonte, mit dem noch zu konkretisierenden Konzept wolle und könne die Regierung nicht sparen. Es gehe um einen Paradigmenwechsel, im Fokus sei neu das Kind. Der Rahmen der Volksschule erweitere sich, die heilpädagogischen Fachleute hätten aber weiterhin wichtige Aufgaben wahrzunehmen.



Schülerinnen und Schüler einer 5. Klasse der integrativen Quartierschule Stapfenacker/Brünnen bei der Arbeit.

Fotos: bas

vom Schulpsychologischen Dienst unterstützte Fachteams, bezahlen wird der Kanton mittels Schülerpauschalen. Ferner sollen Schulen und Eltern von Kindern mit speziellem Förderbedarf regionale Kompetenzzentren für Diagnostik, Beratung, Therapie und Evaluation zur Seite stehen. Für Kinder und Jugendliche mit sehr hohem Förderbedarf – aufgrund schwerer Behinderung oder massiver Verhaltensauffälligkeiten – soll darüber hinaus noch zusätzliche Unterstützung von Kompetenzzentren für Sonderschulung angeboten werden. Dazu gehören Teilintegrationsangebote auch in regionalen Filialen und

Überforderung verhindern

Hermann Blöchliger, Direktor des Schulpsychologischen Dienstes im Kanton St. Gallen, äusserte sich aus der Sicht dieser Einrichtung zur schulischen Integration. Gemäss Leitbild für die Unterstützungsangebote im Schulbereich ist die Volksschule im Kanton St. Gallen im Grundsatz eine Schule für alle. Dies bedeute jedoch nicht eine flächendeckende Integration aller Kinder in die Regelklasse. Die sonderpädagogische Unterstützung in Kleinklassen und Sonderschulen bildeten weiterhin einen notwendigen Bestandteil des St. Galler Schulwesens, führte Blöchliger aus. Der neue

Lehrplan weise auf die Heterogenität der Volksschule hin. Ihm werde durch individualisierende und kooperative Lernformen und allenfalls durch Unterstützungsangebote Rechnung getragen. Davon profitierten nicht nur Schülerinnen und Schüler mit Schwierigkeiten, sondern auch Kinder mit durchschnittlichen und ausgeprägten Begabungen, sagte Blöchliger. Unterstützungsmassnahmen würden erst dann eingeleitet, wenn trotz der Individualisierung und Differenzierung des Unterrichts die Entwicklung des einzelnen Kindes oder die Klassengemeinschaft gefährdet sei. «Ziel aller schulpsychologischen Bemühungen ist es, dem einzelnen Kind und seinem Umfeld zu einer möglichst optimalen persönlichen und bildungsmässigen Entwicklung zu verhelfen: Es geht einerseits um die Erhaltung der seelisch-geistigen Gesundheit, um die Verhütung von sozio-psychischen Beeinträchtigungen bei Kindern und Jugendlichen und andererseits auch um die Hilfe bei bereits eingetretenen Störungen unter Nutzung vorhandener Ressourcen im schulischen und familiären Umfeld», führte Blöchliger aus. Angestrebt wird gemäss dem Prinzip «Integration vor Separation» mittelfristig ein integratives Schulanbot in allen Schulen und auf allen Stufen. Allerdings dürfe Integration nicht zu einer Leistungsorientierung nach unten führen, betonte Blöchliger. Verwundert zeigte er sich darüber, dass sich die Heilpädagogik nicht mehr stark mit Verhaltensstörungen beschäftige. Ausserdem müssten die Lehrkräfte darauf vorbereitet werden, dass sie immer mehr erzieherische Aufgaben übernehmen sollten. Zusammenfassend meinte Blöchliger: «Jegliche Integration hat Grenzen. Die Integration Einzelner darf nicht zur Überforderung einer Klasse, einer Schule führen, auch nicht zu einer Überforderung der Gesellschaft. Hie und da braucht es die Separation Einzelner zu Gunsten der ganzen Gruppe. «Gerade hier

leisten die Sonderschulen Grosses – für die betroffenen Schülerinnen und Schüler wie für die Allgemeinheit.»

Gemeinsame Schulzeit

Im Kanton Bern schreibt das Volksschulgesetz an sich vor, dass Schülerinnen und Schülern, deren Ausbildung Störungen und Behinderungen erschweren, in der Regel der Besuch der ordentlichen Bildungsgänge ermöglicht werden soll. Wie der Integrationsartikel umgesetzt werden soll, sei indes überhaupt nicht klar – und bereits sei aus SVP-Kreisen der Ausschluss fremdsprachiger, verhaltensauffälliger und leistungsschwacher Kinder aus der Regelklasse gefordert worden, hielt an der Tagung Martin Sahli fest. Der Lehrer ist Mitglied der Schulleitung der Volksschule Stapfenacker/Brünnen (www.stapfenacker.ch) im Westen der Stadt Bern mit drei Kindergärten, zwölf Primarklassen, sechs Klassen auf Sekundarstufe I und

je zwei polyvalenten Kleinklassen und Klassen für Fremdsprachige. Seit 1988 praktiziert die Schule, in der Kinder mit rund 20 verschiedenen Muttersprachen unterrichtet werden, das «Twin-nermodell»: Die Klassen bleiben vom 1. bis 9. Schuljahr zusammen. Alle Schülerinnen und Schüler besuchen die gleiche Klasse. Vom 7. Schuljahr an werden in den Fächern Deutsch, Französisch und Mathematik Niveaugruppen gebildet und in der Klasse gleichzeitig unterrichtet. Die Leistungsbeurteilung erfolgt in einem Bericht ohne Noten. Eine schulische Heilpädagogin oder ein Heilpädagoge betreut jede Klasse und baut in Unterrichtsbesuchen den Kontakt zu den Kindern auf, noch bevor Probleme da sind. Durch Beobachtung, Gespräche und gezielte Hilfe in Klassen-, Gruppen- oder Einzelunterricht helfen sie Kindern mit momentanen Schwierigkeiten. Bringen die Massnahmen nicht den gewünschten Erfolg, kann ein Wechsel in eine der beiden polyvalen-

ten Kleinklassen eine weitere Möglichkeit sein. Hier kann ein Kind einzelne Fachbereiche oder den ganzen Unterricht besuchen. «In unserem System werden die Probleme früh erkannt und nicht ausgelagert, sondern bewusst in der Schule angegangen und gelöst», erläuterte Sahli. Die Durchlässigkeit zwischen Klein- und Regelklassen sei gross, die Schulischen Heilpädagogen kennen die Kinder bereits ab Kindergartenalter. Durch verschiedene Rückmeldeformen während des Schuljahrs seien Schülerinnen, Schüler und Erziehungsberechtigte immer auf dem neusten Stand in Bezug auf die Leistungen. Dies alles und der Einbezug der Eltern bei der Niveaueinteilung trage viel zur Kooperation aller Beteiligten bei. «Wenn die Integration einmal in den Köpfen verankert ist, braucht es an sich gar nicht mehr, um sie umzusetzen», zeigte sich Sahli überzeugt.

Angepasstes Angebot

Hansueli Rindlisbacher, Lehrer, Heilpädagoge, früherer Sonderschullektor im Kanton Aargau und seit 1999 Gesamtleiter des Schulheims Landorf Köniz – Schlössli Kehrsatz (www.fitfuersleben.ch), schilderte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Fachtagung in Olten, wie sich die Institution für verhaltensauffällige und sozial beeinträchtigte Kinder und Jugendliche verändert hat. Entstanden ist sie durch Fusion zweier unabhängiger Einrichtungen. War sie zu Beginn ihrer 100-jährigen Geschichte auf eine lange stationäre Platzierung ausgerichtet, wird heute der Grundsatz gelebt, das interne Angebot so klein wie nötig zu halten. «Oberstes Ziel einer Schulheim-Platzierung ist und bleibt die Re-Integration in die Schule des Wohnorts und zurück ins Herkunftsmilieu», sagte Rindlisbacher. Er erläuterte die These, wonach die Hilfe für das Kind um so wirkungsvoller und nachhaltiger ist, je stärker die Eltern in den

Die kritische Stimme

Peter Schmid, Primarlehrer und nach dem Studium der Pädagogik, Philosophie und Heilpädagogik langjähriger Dozent am Heilpädagogischen Seminar in Zürich, äusserte sich an der Tagung in Olten sehr kritisch zur Forderung nach einer «Volksschule für alle» und der Abschaffung der Sonderschulen und -klassen. Integration sei zwar ein Erziehungsziel, dem aber ein Weg vorausgehe. Er vollziehe sich im Spannungsfeld zwischen integrativen und segregativen Massnahmen. «Separation und Integration sind zwei sich ergänzende Lebens-, Erziehungs- und Unterrichtsprinzipien, die damit gegenseitig aufeinander angewiesen sind», erklärte Schmid. Integration ohne Separation heisse bedingungsloses Ausgeliefertsein und Überforderung, Separation ohne Integration hingegen Abschottung, Isolation. Der Referent wies darauf hin, dass auch die Verfechter einer bedingungslosen Integration nicht ohne separative Massnahmen auskämen: «Was sind denn Stützunterricht, begleitende Therapien und überhaupt jegliche individuellen und speziellen Fördermassnahmen anderes als vorübergehende Separation?», fragte er. Und: «Ist es denn für Schüler wirklich angenehmer, immer wieder aus dem Klassenverband herausgeholt zu werden und wechselnden Bezugspersonen mit unterschiedlichen Temperamenten und Methoden ausgesetzt zu sein als in einer Sonderklasse spezifisch und zielgerichtet gefördert zu werden?» Totale Integration als alleinige Methode der Sozialisation überfordere die Schwachen, führe bestenfalls zur Scheinintegration, häufiger aber zu unbeabsichtigter Desintegration. Integrative und separative Massnahmen hätten ein gleichberechtigtes Daseinsrecht und ergänzten einander. (bas)

Prozess involviert sind: «Eltern wollen aktiv sein und ihre Probleme und jenes des Kindes angehen und lösen.» Damit sie dies aber wirklich auch tun könnten, bräuchten sie Angebote, die ihnen eine aktive Rolle einräumten. Der Schwerpunkt des Schulheims liege deshalb bei der Entwicklung von Unterstützungsstrategien für die ganze Familie, insbesondere der Eltern. Als Folge seien die internen Schulklassen

wurden mit der Tagessonderschule erfolgreich reintegriert, sieben wechselten von der internen, drei von der Tagesschule in die öffentliche Schule. Es wurden 32 Eltern-Coachings durchgeführt, davon sind zwölf abgeschlossen. «Unsere Vision ist, dass Kinder und Jugendliche unsere Institution als selbstbewusste junge Menschen verlassen und ihren Platz in der Gesellschaft finden.



Lehrer Martin Sahli im Gespräch mit einer Schülerin und einem Schüler.

reduziert worden, die Schülerinnen und Schüler besuchten die Regelklassen im Dorf – begleitet von Schulischen Heilpädagoginnen und -pädagogen. Das Schulheim hat eine Tagessonderschule mit Mittagstisch und Aufgabenhilfe eröffnet und auch die Anzahl Wohngruppen verkleinert. Neu gibt es aber eine spezielle Wohngruppe für 15- bis 16-Jährige und nach wie vor eine für Lehrlinge. Ein Team von vier speziell ausgebildeten Mitarbeitenden bietet Eltern-Coaching an. Die differenzierten, altersspezifischen Angebote seien kombinierbar und durchlässig. Seit Sommer 2005 hätten sieben Heimplatzierungen verhindert werden können, sagte Rindlisbacher. Vier Kinder

Sie sind – gemäss unserem Motto – fit fürs Leben.»

Zu späte Erfassung

In der Podiumsdiskussion unter der Leitung von Moderator Roland Jeanneret machte sich Peter Schmid (siehe Kasten) für den Grundsatz «So viel Integration wie möglich, so viel Separation wie nötig» stark. Besonders schwer integrierbar seien fremdsprachige Jugendliche, beantwortete Blöchliger eine Frage Jeannerets. Daher rühre auch die Forderung, dass Kinder nur noch bis zwölf im Rahmen von Familiennachzügen in die Schweiz kommen dürfen: «So absolvieren sie wenigstens noch die ganze Oberstufe.»

Nach Ansicht Schmidts bieten extrem verhaltensgestörte Kinder am meisten Probleme. Ihren Erziehungsdefiziten sei mit integrativen Schulformen nicht beizukommen. Lehrerin Catherine bestätigte dies: Nicht mit Nicolas habe sie am meisten Arbeit, sondern mit verhaltensauffälligen Kindern. Schwerstgestörte seien mit pädagogischen Massnahmen nicht mehr sozialisierbar, sagte Sahli. Er ortete einen Mangel darin, dass Kinder mit Schwierigkeiten oft zu spät erfasst würden und es zu wenig Angebote gebe für jene mit Defiziten im sozialen Bereich – eine Einschätzung, die Blöchliger und Rindlisbacher teilten. Applaus erntete die Bemerkung Schmidts, es gebe Kinder und Jugendliche, die sich nicht integrieren liessen. Er wolle dies nicht negieren, aber er weigere sich, auf Einzelfällen sein System aufzubauen, erklärte Lardi. Mit Skepsis wurde seine Zusicherung aufgenommen, mit den Plänen für die integrative Schulung solle nicht gespart werden. Es sei legitim, wenn sich Institutionen, die wichtige Arbeit leisteten, für ihre Interessen einsetzen. Er empfinde es aber als unfair, wenn ihm Unredlichkeit vorgeworfen werde, konterte Lardi. Wenn es um die Frage gehe, ob Sondereinrichtungen abgeschafft werden sollten, müsse die Volksschule klar kommunizieren, was sie leisten könne und was nicht, betonte Sahli. Catherine Scherer sprach sich dafür aus, die Sonderschulen beizubehalten, Kinder mit besonderen Bedürfnissen aber möglichst lange in der Volksschule zu behalten. Ähnlich äusserten andere Podiumsteilnehmer. Ursula Scherrer appellierte an die Sonderschulen, ihre Erfahrungen in die Volksschule zu tragen und so möglichst vielen Kindern die Integration zu ermöglichen. Und Schmid plädierte für eine «Integration in kleinem Rahmen, damit sie dann auch im grösseren Rahmen möglich ist».